

## Heute

## Dachgeschoss brennt komplett aus



Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Archivfoto: to

WUPPERTAL Gestern Vormittag kam es gegen 9.45 Uhr aus bislang unbekannter Ursache zu einem Wohnungsbrand in einem Mehrfamilienhaus an der Albertstraße in Wuppertal. Eine Dachgeschosswohnung brannte komplett aus. In dem Wohnhaus befinden sich auch ein Versicherungsbüro und eine Kita. Die Feuerwehr evakuierte das Haus und löschte das Feuer zügig. Die Wohnungsmieterin verletzte sich leicht. Das Wohnhaus und die Kindertagesstätte sind nach Abschluss der Löscharbeiten wieder betretbar. Die Kriminalpolizei nahm die Ermittlungen auf.

## Einschränkung im Kreuz Hilden

HILDEN Am morgigen Freitag und am Samstag wird es im Kreuz Hilden zu Verkehrsbehinderungen kommen: Auf der A3 ist dann in Fahrtrichtung Oberhausen nur eine Fahrspur geöffnet. Grund sind Bauarbeiten zum Neubau des Autobahnkreuzes - die sollen stattfinden am Freitag von 10 bis 13.30 Uhr und Samstag von 7 bis 17 Uhr.

Der Wuppertaler Kripo-Chef Dietmar Kneib über die Täter hinter der Betrugsmasche

## Mühsame Suche nach den falschen Polizisten

Von Katharina Rüth

WUPPERTAL Sie bringen vorwiegend ältere Menschen um viel Geld: Betrüger, die sich als Polizisten ausgeben, können am Telefon die Angerufenen mit psychologischen Geschick überzeugen, ihnen Geld und Wertsachen auszuhändigen. Diese glauben, dass sie ihre Wertsachen in die Hände der Polizei geben. In Wirklichkeit ist das Geld damit verloren. Wie die Polizei die Täter verfolgt, erklärt Dietmar Kneib, Leiter der Wuppertaler Kriminalpolizei, auch für Remscheid und Solingen zuständig.

Er erklärt: „Die Ursprünge liegen in Callcentern in der Türkei.“ Beim Einzeltrick früher hätten die Täter hauptsächlich aus Osteuropa gearbeitet, inzwischen habe sich die kriminelle Aktivität mit dieser Masche mehr und mehr Richtung Türkei und Arabien verschoben. „In den Callcentern sitzen Leute, die mal aus Deutschland abgeschoben wurden, sehr gut Deutsch sprechen und noch gute Kontakte nach Deutschland haben“, erklärt er. Denn die Täter arbeiteten in „richtigen Firmenkonstruktionen“, mit mehreren Hierarchie-Ebenen.

Während die Opfer von den Callcenter-Mitarbeitern aus dem Ausland angerufen werden, werden die Mittäter vor Ort wohl von Deutschland aus gesteuert. Die Boten, die das Geld abholen, wissen nicht viel, haben keinen Einblick in die Strukturen und erhielten nur einen kleinen Obolus für ihre Tätigkeit. „Es ist schwierig, über die Abholer an mehr Informationen zu kommen.“

Ansätze der Polizei seien zum Beispiel, wenn sie von mehreren Opfern hören, dass sich ein vermeintlicher Polizist mit einem bestimmten Namen vorstellt. „Wenn es immer wieder ein Kommissar Krause ist, dann gehören die Fälle wahrscheinlich zusammen“, so Kneib.

Oft falle ihnen auf, dass sich in einer bestimmten Region die Fälle häufen. „Die teilen offenbar die Gebiete auf, arbeiten dann das Telefonbuch ab“, so der Kripo-Chef. Hinweis auf das Alter der Angerufenen biete der Vorname. Daher sein Tipp: Besser den Vornamen nicht ins Telefonbuch eintragen lassen oder den Eintrag ganz streichen lassen.

Bei einer Häufung von Fällen könnten sie einerseits die Bevölkerung vor der Betrugsmasche warnen, andererseits versuchen, den Tätern auf die Spur zu kommen. Das sei jedoch „ein mühsames Geschäft – das sind international organisierte Strukturen“. Mehrere Polizeibehörden arbeiteten zusammen, auch mit dem Landeskriminalamt. Kontakte ins Ausland werden über das Bundeskriminalamt organisiert.

## Im Dezember wurde ein Callcenter in Izmir aufgelöst

Kneib freut sich, dass es inzwischen bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf eine Zentrale für Ermittlungen zur Organisierten Kriminalität gibt. Ansätze für Ermittlungen gebe es manchmal, wenn sie Abholer fassen. Doch diese kennen höchstens die nächsthöhere Ebene. In ihren Handys seien auch nur die Nummern dieser



Dietmar Kneib ist Leiter der Wuppertaler Kriminalpolizei.

Foto: Stefan Fries

nächsthöheren Ebene zu finden. Und bei diesen Personen kämen die Ermittlungen oft nicht weiter. Auch die Rückverfolgung der Telefonanrufe bei den Anrufern gelinge nur selten. Manchmal könnten dann weitere Anrufe abgehört, Stimmen mit Stimmproben einer Datenbank verglichen werden. „Das ist kriminalistische Feinarbeit“, so Kneib.

Einen großen Erfolg hat es im vergangenen Dezember gegeben. Nach jahrelanger Arbeit der Ermittler in NRW und München führten im vergangenen Dezember dazu, dass die türkische Polizei zwei Callcenter in Izmir hochnehmen konnte. Mehrere Objekte wur-

den durchsucht, gefunden wurden 1,5 Millionen Euro und 200 000 Dollar, fünf Kilo Gold und hochwertige Uhren. Mehr als 30 Personen wurden festgenommen, Fahrzeuge und Immobilien beschlagnahmt.

„Das war ein Musterbeispiel, bei dem alle zusammengearbeitet haben“, erklärt Kneib. Das zeige, dass kriminalistische Arbeit, flexibel strukturiert, zum Ziel führt. Das brauche Personal, das auch über Abteilungs- und Behördengrenzen hinweg zusammenarbeitet. Das Ziel müsse sein, immer wieder die Strukturen zu zerstören. Solche Betrugsstaten gebe es überall in Europa. Seine Erklärung: „Hier

gibt es viele ältere Menschen, die wohlhabend sind.“ Und in Osteuropa, der Türkei und Arabien viele Menschen, die weniger Geld haben.

## Verhaltenstipps

Menschen, bei denen ein Anruf der Betrüger ankommt, rät der Ermittler: „Gar nicht erst in ein Gespräch hineinziehen lassen, sondern einfach auflegen.“ Dann sofort unter 110 die Polizei anrufen. „Nur dann können wir erkennen, wo wieder eine Tatterie abläuft.“

## Radnetz-Ausbau Direkt von Wuppertalgen Düsseldorf

WUPPERTAL -est/red- Wuppertal, der Kreis Mettmann und Düsseldorf rücken vielleicht bald enger zusammen: Der Verkehrsausschuss hat einstimmig einer Machbarkeitsstudie für eine Radwegeverbindung zwischen den Kommunen und dem Kreis ausgesprochen. Koordinieren wird das die Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die Kosten von 30 000 Euro teilen sich die drei Beteiligten zu gleichen Teilen. Noch im ersten Halbjahr 2021 soll die Studie stehen.

Gut 10 000 Pendler gibt es laut Stadt zwischen Wuppertal und Düsseldorf – ohne Berücksichtigung der Pendlerbeziehungen zwischen den dazwischen liegenden Städten. Die Idee: einen Teil von ihnen aufs Rad zu bringen.

Zunächst handele es sich um eine Machbarkeitsstudie, noch keine Planung, betont die Stadt Wuppertal. Schwerpunkt ist ein fünf Kilometer langer Korridor entlang der A 46, der ausgebaut werden soll. Die IG Fahrradstadt hat bereits eine Strecke empfohlen und auch der ADFC hat eine Verbindung ausgewiesen. Die „Expressroute“ beginnt in Vohwinkel an der Nordbahntrasse, verläuft weitgehend parallel zur A 46 durch Haan, Erkrath und Hilden und schließt in Düsseldorf an der Werstener Straße an das Düsseldorfer Hauptwegenetz an. Etwa 30 Kilometer sind es, mit moderaten Steigungen. Zu gut 70 Prozent ist die Strecke asphaltiert. Sie werde bereits jetzt von Pendlern genutzt.

## ANZEIGEN

ST-Extra

## Spezialisten für Verkehrsrecht

Wir stehen Ihnen zur Seite.



Foto: Rynio Productions - Fotolia

Wohnungsgemeinschaften müssen dem Umbau zugunsten von E-Fahrzeugen zustimmen

## Recht auf private Ladestation

Wer ein Elektroauto besitzt oder sich eins kaufen möchte, für den kann sich eine private Ladestation lohnen. Seit letztem Jahr haben Wohnungseigentümer und Mieter in einem Mehrparteienhaus das Recht, die Zustimmung der anderen Eigentümer oder des Vermieters zur Einrichtung einer Ladestation zu verlangen. Unterstützung erhalten Interessenten zusätzlich durch eine staatliche Förderung. Wie es mit der privaten Ladestation klappt und wie Mieter und Eigentümer am besten vorgehen sollten, weiß Juristin Michaela Rassat.

Seit 1. Dezember 2020 ist das neue Wohnungseigentumsgesetz (WEG) in Kraft. „Seitdem hat jeder Wohnungseigentümer Anspruch darauf, dass die Gemeinschaft einer angemessenen baulichen Veränderung am Gemeinschaftseigentum zustimmt, die dem Laden elektrischer betriebener Fahrzeuge dient“, erklärt Rechtsberaterin Michaela Rassat.

Das ist wichtig, denn: Auch wenn der Stellplatz selbst zum sogenannten Sondereigentum des einzelnen Eigentümers gehört, so sind Kellerwände, Stromleitungen und Hausanschluss doch Teile des Gemeinschaftseigentums. Und an diesen müssen Veränderungen vorgenommen werden, um eine Ladestation einzurichten. Um das Vorhaben in die Tat



Wer sich ein Elektroauto kauft, darf auch eine private Ladestation in Betrieb nehmen. Das gilt auch für Mieter. Foto: ERGO Group

umzusetzen, benötigen E-Auto-Fahrer einen Beschluss der Eigentümerversammlung. „Die Eigentümerversammlung hat ein Mitspracherecht, wie die Maßnahme durchgeführt werden soll“, erklärt die Rechtsexpertin. Denn meist gibt es mehrere Möglichkeiten, das Vorhaben technisch umzusetzen.

Die Kosten des Projekts trägt nicht die Gemeinschaft, sondern der Wohnungseigentümer, der die Ladestation einrichten möchte. Daher empfiehlt Rassat, sich zunächst Mitspracherecht in der Eigentümerversammlung zu suchen. Sind mehrere Eigentümer an Ladestationen interessiert, lassen sich die Kosten für notwendige Änderungen an der Elektrik teilen.

Zugleich sollte der E-Auto-Besitzer einen Antrag für die nächste Eigentümerversammlung stellen, damit diese den notwendigen Beschluss fassen kann. Es ist sinnvoll, vor der Versammlung gemeinsam mit einem Fachmann die technischen Voraussetzungen und Kosten zu klären und diese Informationen auch den Miteigentümern zu geben. Liegt der Beschluss vor, ist es notwendig, den Netzbetreiber zu informieren und gegebenenfalls dessen Genehmigung einzuholen. Dies übernimmt normalerweise der Fachbetrieb.

Nicht nur Wohnungseigentümer, auch Mieter profitieren von den jüngsten Gesetzesänderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). „Sie können nun nach § 554 BGB von ihrem

Vermieter die Erlaubnis zur Einrichtung einer Ladestation verlangen“, informiert Michaela Rassat. Bei einer vermieteten Eigentumswohnung muss der Vermieter den Einbau der Ladestation gegenüber seinen Miteigentümern im Rahmen einer Eigentümerversammlung durchsetzen. Verweigern kann er die Zustimmung gegenüber seinem Mieter nur, wenn ihm unter Abwägung der gegenseitigen Interessen der Einbau nicht zugemutet werden kann. Die Kosten für den Einbau trägt in der Regel der Mieter.

## Unterstützung durch den Staat

„Wer sich eine private Ladestation einrichtet, profitiert von der staatlichen Förderung“, informiert die Rechtsexpertin. Berechtig sind Wohnungseigentümer, Eigentümergemeinschaften, Vermieter von Eigentumswohnungen sowie Mieter. „Die Förderung der KfW-Bank umfasst die Anschaffung der Ladestation, das Managementsystem zur Steuerung, den Netzanschluss sowie die Installation durch den Fachmann“, weiß Rassat. Pro Ladepunkt gibt es einen pauschalen Zuschuss von 900 Euro. Die Gesamtkosten dürfen allerdings nicht darunter liegen. Wichtig: Interessenten dürfen die Ladestation erst kaufen, nachdem der Antrag bewilligt wurde.

## Neue App Kontaktlose Aufnahme von Schäden

Das Sachverständigenbüro Millies, ansässig in Solingen und Wuppertal, setzt bei der Ermittlung von Schadensumfängen und Fahrzeugbewertungen auf modernste Digitalisierung. Seit Kurzem nutzt das Unternehmen eine neu entwickelte Schaden-App, die eine kontaktlose Besichtigung und Beurteilung von Unfallschäden ermöglicht.

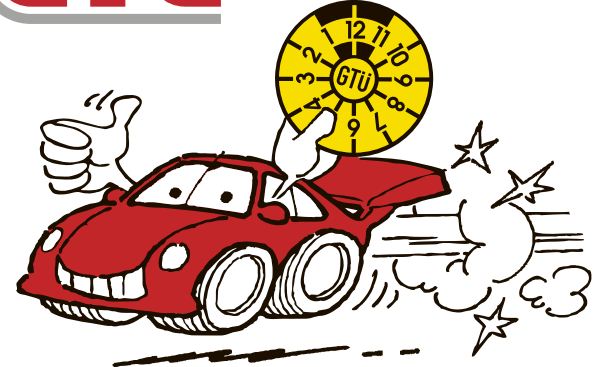
Die sogenannte SV Millies digital App eignet sich somit besonders während der Corona-Pandemie zur sicheren Schadenvorerkennung sowie zur Beweisführung bei Unfallschäden. „Die Schaden-App wurde aus verschiedenen Anforderungsprofilen neu entwickelt. Neben den Standardlösungen konnten auch für den Kunden individuelle Lösungen eingebaut werden“, erklären die Geschäftsführer Jochen und Peter Millies.

Mithilfe des digitalen Helferleins können alle Daten und Fotos erfasst und für die Vorbeurteilung der Schadenshöhenermittlung wie auch für mögliche Rechtsstreitigkeiten papierlos übermittelt werden. Unter Berücksichtigung aller Datenschutzrichtlinien werden die erfassten Daten anschließend per Knopfdruck zur Bearbeitung ans Sachverständigenbüro geschickt.

## Mehr Service für Sicherheit



gratis Vorabcheck  
gratis Hol-/Bringservice



Ihre qualifizierten Kfz-Sachverständigen für die aml. Hauptuntersuchung, Kraftfahrzeugschäden und -bewertungen

Kfz-Sachverständige  
**MILLIES**  
www.millies.de

## Unsere Standorte:

Wuppertal · Westring 214 · Tel.: 0202-946 77 29-0  
Solingen · Schützenstr. 22 · Tel.: 0212-645 71-0

## Brandhorst: Rechtsanwalt

Markus Brandhorst

Straßenverkehrsrecht  
Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht

Fachanwalt für Arbeitsrecht

Weyersberger Str. 66  
42655 Solingen  
Tel. 02 12/22 44 39-0  
Fax 02 12/22 44 39-11  
kontakt@BrandhorstRechtsanwalt.de  
www.BrandhorstRechtsanwalt.de